

vermerk

Zeit zu Handeln – Arbeitsmaterial für Unternehmensbesuche

5. November 2025

Mit diesem Paket unterstützen wir Sie bei der Vorbereitung und Durchführung der Besuche in Ihrem Unternehmen.

Im Vorfeld stellen wir Ihnen gerne ein Kurz-Porträt des Abgeordneten zur Verfügung, das Sie besuchen wird.

1. Mustereinladungsschreiben

Das Einladungsschreiben kann direkt (auch problemlos als E-Mail) an das Wahlkreisbüro der/des Abgeordneten gerichtet werden. Die jeweilige Adresse findet sich auf der Homepage des Gastes, E-Mail-Adressen lauten im Regelfall vorname.nachname@wk.bundestag.de.

Sehr geehrte/r Frau/Herr [Name]

als regional verwurzeltes Unternehmen aus Ihrem Wahlkreis mit [Anzahl] Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in [Ort/Region] möchten wir Sie herzlich zu einem Besuch in unserem Hause einladen. Wir würden uns freuen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen über die aktuellen Herausforderungen und Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Chancen, die unsere Region bietet.

Unser Betrieb hat wie viele mittelständische Unternehmen in der aktuellen Wirtschaftskrise mit vielen Herausforderungen zu kämpfen: hohe Energiepreise, hohe Lohnzusatzkosten und eine immer größere, zum Teil unsinnige bürokratische Belastung. Es sind diese Rahmenbedingungen, die uns das Leben schwer machen. Gleichzeitig engagieren wir uns mit großem Verantwortungsbewusstsein für unsere Mitarbeiter, unsere Auszubildenden und unseren Standort hier in der Region. Wir sind stolz auf unsere Arbeit.

Als Bundestagsabgeordnete/r für unsere Region vertreten Sie die Interessen der Menschen und Unternehmen in Berlin. Ihre Entscheidungen beeinflussen direkt die Wettbewerbschancen unseres und vieler anderer Unternehmen. Wir möchten Ihnen gerne zeigen, wie sich die politische Lage konkret auf unseren Arbeitsalltag auswirkt, und zugleich gemeinsam über mögliche Lösungswege und politische Impulse sprechen, die unseren Standort stärken können.

Wir freuen uns sehr über Terminvorschläge und auf die Gelegenheit zum persönlichen Austausch.

Mit freundlichen Grüßen

2. Mustereinladung Lokalmedien

Laden Sie gerne die Lokalmedien (Tageszeitung oder Online-Medien) zu dem Besuch ein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am XX. besucht um XX Uhr die/der Bundestagsabgeordnete die Firma XX. Das Unternehmen ist seit mehr als 50 Jahren als Elektrogroßhändler in der Region etabliert. Mit 20 Mitarbeitern versorgt die Muster GmbH Schulen in ganz Deutschland mit Mikroskopen und Computern. Bei einem Rundgang durch das Unternehmen wird Geschäftsführer Max Mustermann besonders auf die anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen aufmerksam machen, die an vielen Standorten in Deutschland besonders die kleineren mittelständischen Unternehmen belasten. Wir als Unternehmen hoffen, dass die Eindrücke vor Ort über Abgeordneten XY einen nachhaltigen Einfluss auf die Politik der Bundesregierung in Berlin nehmen werden.

Herzlich laden wir Sie zur Berichterstattung über den Besuch ein. Bitte geben Sie uns bis zum XX eine Rückmeldung, ob wir Sie willkommen heißen können.

Mit freundlichen Grüßen

3. Beispielhafter Ablauf eines Besuchs

Sie sind natürlich frei in der Gestaltung des Besuchs, der wahrscheinlich rund eine bis eineinhalb Stunden dauern dürfte. Versuchen Sie dabei gerne, einerseits auf Fakten zu Ihrem Unternehmen einzugehen, aber auch die Probleme zu beschreiben, mit denen Sie konfrontiert sind.

Begrüßung MdB am Firmeneingang durch Geschäftsführung

Rundgang durch die Firma (wenn möglich)

Gespräch mit Geschäftsführung und ausgewählten Mitarbeitenden (ggf. Betriebsrat, falls vorhanden, aber auch z. B. mit denen, die für bürokratische Aufgaben zuständig sind)

Abschlussfoto (möglichst vor firmenspezifischem Hintergrund, z. B. Lagerhalle)

4. Musterpressemitteilung im Nachgang des Besuchs

Im Nachgang des Besuchs kann es sinnvoll sein – vor allem, wenn keine Medienvertreter vor Ort waren –, eine kurze Information über den Besuch mit einem Bild an die lokalen Medien zu versenden.

Zeit zu Handeln! – SPD-Bundestagsabgeordnete/r XY zu Besuch bei Mustergroßhändler Z

Die Rahmenbedingungen für uns kleinere (Familien-)Unternehmen werden immer schlechter – weiß die Bundesregierung eigentlich, wie es vor Ort aussieht?", so Geschäftsführer/in XY bei einem Unternehmensbesuch der örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten XYZ bei Musterfirma Z in Musterstadt. XY nutzte den Besuch, um auf die schlechten Standortbedingungen in Deutschland aufmerksam zu machen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes untergraben.

„Schlechte Auftragslage, hohe Energiekosten, bröckelnde Infrastruktur. Ich hatte viel Hoffnung auf diese Regierung gesetzt, aber eine Verbesserung der Lage ist hier bei uns noch nicht spürbar“, so der langjährige Geschäftsführer. „Am schlimmsten ist die Bürokratielast aus Berlin und Brüssel, die wie ein zusätzlicher Bremsklotz wirkt. Wir brauchen wirklich Entlastung. Ich hoffe, dass dieser Besuch die Augen für die Probleme der Unternehmen vor Ort geöffnet hat.“

„Hier steht bei Bedarf noch ein unternehmensspezifisches oder regionales Problem, das adressiert wurde.“, so XY abschließend.

Kontakt

Unternehmen XY

Name XY

Telefonnummer/E-Mail

5. Hintergrundfakten zu den Forderungen

1. Unternehmenssteuern

Der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz liegt in Europa bei 21,5 Prozent, wobei die Sätze von 10 Prozent (Bulgarien) bis 35 Prozent (Malta) reichen. Deutschland liegt mit 29,9 Prozent im oberen Fünftel.

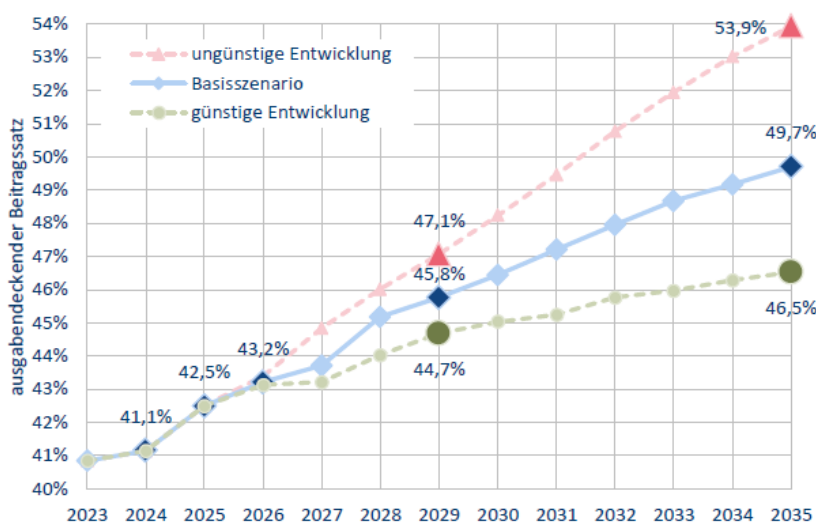
2. Berichtspflichten

Beispiele: Meldung nach Verpackungsgesetz, Gefährdungsunterweisung, statistische Meldungen (teils ohne Verpflichtung zur eigentlichen Meldung), Transparenzregister, Registrierung und Meldung nach Elektrogerätegesetz (u. a. WEEE-Nummer), Energieauditpflichten, Abfallstatistik, Ausfuhranmeldung, DSGVO und Meldung von Datenschutzverstößen, Daten zur Erfüllung von Verpflichtungen von Wirtschaftspartnern und Banken (z. B. CSRD), Europäisches Lieferkettengesetz, CO₂-Grenzausgleich (CBAM) etc.

3. Lohnnebenkosten

Die Sozialversicherungsbeiträge haben längst die politisch gewollte und wirtschaftlich noch tragfähige Marke von 40 Prozent überschritten. Kostentreiber sind hier hauptsächlich die Krankenkassen (u. a. durch Zusatzbeiträge) und die Pflegeversicherung. Daneben ist aufgrund der Haltelinien der Rentenversicherung bereits deutlich, dass der Beitrag in den kommenden Jahren weiter steigen muss. Prognosen gehen davon aus, dass die Abgabenquote bis 2035 sogar auf 53 Prozent steigen könnte.

Abbildung 7: Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz: Projektion der Entwicklung (mit Umsetzung des Rentenpakets II)



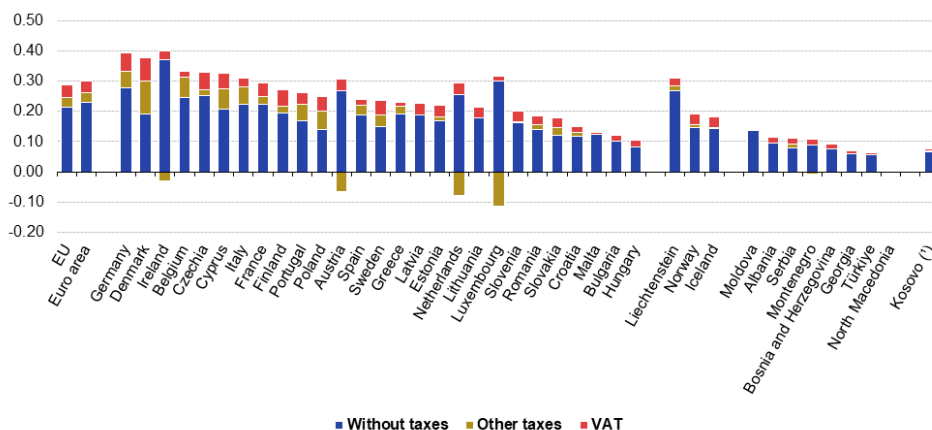
Grafik: IGES-Institut

4. Energiepreise (Beispiel Strom)

In statistischen Darstellungen wird im Regelfall zwischen Strompreisen für nichtgewerbliche Verbraucher und gewerbliche Verbraucher unterschieden. Die letzteren sind auch deshalb geringer, weil entsprechende Beihilfen für Industrieunternehmen einbezogen werden, die u. a. in Deutschland deutlich geringere staatlich induzierte Preisbestandteile haben bzw. häufig selbst an der Strombörse einkaufen, ohne den Zwischenhandel über einen Drittanbieter (wie lokale Versorger).

Im 2. Halbjahr 2024 (letzte vorhandene aktuelle Zahlen für den gesamten Binnenmarkt) lag der Preis in Deutschland für die erste Gruppe bei 39 Cent/kWh und damit an der Spitze.

**Electricity prices for household consumers, second half 2024
(€ per kWh)**



Grafik: EuroStat

5. Planungs- und Verwaltungsbeschleunigung

Größere Bauprojekte, die über die reine Sanierung hinausgehen, haben hohe Planungszeiträume in Deutschland. Im Schnitt sind dies 7 bis 9 Jahre bis zur Genehmigung (inkl. Planung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Planfeststellungsverfahren, etwaige Klagen). Diese Verfahren werden häufig aufeinander aufbauend und nicht parallel geführt. Bei Projekten besonderer Wichtigkeit (Bau von Übertragungsnetzen für Strom oder LNG-Terminals) wurden Verfahren dahingehend beschleunigt, dass u. a. Umweltverträglichkeitsprüfungen/Bundesfachplanung hinsichtlich der Beteiligungsrechte verschlankt wurden und bei Klagen nur noch das Bundesverwaltungsgericht als einzige Instanz beteiligt wird. Beim Windkraftausbau wurden z. B.

Vorrangflächen ermöglicht. Diese Beschleunigungen sollten auch für Unternehmen gelten. Denn die einzuhaltenden Vorschriften, insbesondere der immer extremer ausgelegte Artenschutz, verhindern wirtschaftliches Wachstum.

In allen Nachbarländern sind die Verfahren deutlich schneller. Sie reichen von 3 bis 5 Jahren in den Niederlanden und Tschechien (Ziel: 2 Jahre), über 2 bis 4 Jahre in Frankreich, Luxemburg, Polen und der Schweiz, 2 bis 3 Jahre in Österreich bis zu 1,5 bis 2 Jahren in Belgien und unter einem Jahr in Dänemark.